



Niederschrift

2. Plenarsitzung des Gemeinderates
24. September 2019, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

20.

Punkt 23 der Tagesordnung: Unterzeichnung des ICAN-Städteappells für den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen

Antrag: GRÜNE

Vorlage: 2019/0710

dazu:

Antrag auf Absetzung

Änderungsantrag: FDP

Vorlage: 2019/0918

Beschluss:

Mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis:

Antrag: 30 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen

Änderungsantrag: 11 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen

Der Vorsitzende setzt um 18:56 Uhr die unterbrochene Sitzung fort, ruft Tagesordnungspunkt 23 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegenden Stellungnahmen der Verwaltung:

Ich möchte ankündigen, auch im Hinblick auf unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dass ich der Meinung bin, dass wir nicht länger als 22:00 Uhr hier tagen sollten. Ich würde Ihnen dann gegebenenfalls den Vorschlag machen, dass wir dann den öffentlichen Teil der Sitzung beenden, alles weitere vertagen und uns nur noch mit der nichtöffentlichen Sitzung beschäftigen.

Stadtrat Høyem (FDP): Wir sind heute beim Karlsruher Gemeinderat, wo wir Kommunalpolitik diskutieren und entscheiden. Wir bedauern, dass besonders unsere grünen Kolleginnen und Kollegen wieder und wieder und wieder versuchen, unseren Gemeinderat zu

einem bundespolitischen Studienzirkel zu verändern. Wir haben in Deutschland einen Bundestag, wir haben einen Landtag, wir haben einen Gemeinderat. Diese Aufteilung sollten wir respektieren. Deshalb schlagen wir vor, dass wir diesen Punkt von der Tagesordnung absetzen.

Der Vorsitzende: Wir brauchen jetzt eine Gegenrede. Ich würde den Antragstellern die Möglichkeit geben.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Das Ziel unseres Antrags ist, dass die Stadt Karlsruhe Druck auf die Bundesregierung ausübt, damit sie dem UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beiträgt und dies zum Wohle der Karlsruher Bürgerinnen und Bürger. Wir sehen hier eine ganz klare kommunalpolitische Zulässigkeit. Daher ist der Antrag berechtigt. Die Verwaltung hat schließlich auch unseren Antrag zugelassen. Im Übrigen dürfen auch Ortschaftsräte an die Gemeinderäte appellieren.

Der Vorsitzende: Das war eine Antragsbegründung, eine Gegenrede. Ich stelle jetzt den Antrag der FDP-Fraktion zur Abstimmung, dass wir das als nicht zuständig erklären. - Damit ist der Antrag der FDP-Fraktion mehrheitlich abgelehnt. Wir kommen damit zur Antragsberatung.

Herr Høyem meldet Beschwerde an.

Stadtrat Høyem (FDP): Nein, überhaupt nicht. Ich wollte nur sagen, dass wir wegen dieser Abstimmung unseren Änderungsantrag zum Punkt 38 zurückziehen und dass wir selbstverständlich nicht an dieser Debatte teilnehmen und uns enthalten bei der Abstimmung.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Das Bündnis Mayors for Peace, bei dem die Stadt Karlsruhe seit 2014 Mitglied ist, wirbt jedes Jahr im Rahmen des Aktionstages im Juli für die Abschaffung von Atomwaffen. Am 8. Juli weht deshalb vor dem Städtelhaus die Friedensfahne. Mit dem Hissen der Fahnen verbinden weltweit Bürgermeisterinnen und Bürgermeister den Appell an die Weltgemeinschaft, die Beseitigung von Nuklearwaffen voranzutreiben und sich für eine friedliche Welt einzusetzen. Zusätzlich wird die Flagge vom 6. – 8. August gehisst, dann zum Gedenken an die Opfer der Atombombenangriffe auf Hiroshima und Nagasaki. Der Appell der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister geht auch an die Atommächte und weitere Staaten der Weltgemeinschaft, den in 2017 von den vereinten Nationen verabschiedeten Atomwaffenverbotsantrag zu unterzeichnen. Auch die internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen ICAN, Träger des Friedensnobelpreises 2017, ruft international Städte dazu auf, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterstützen. Die Beweggründe hierzu sind in unserem Antragstext sowie in der Antwort der Stadtverwaltung sehr gut nachzuvollziehen. Daher verzichte ich auf eine nähere inhaltliche Darstellung.

Zahlreiche Städte in Deutschland und in aller Welt haben sich bereits dem ICAN-Städteappell angeschlossen. Auch der Stadt Karlsruhe mit den Aktivitäten für die Stärkung des Friedens und der Menschenrechte steht es gut zu Gesicht, diesem Appell beizutreten. Wir begrüßen selbstverständlich die Antwort der Stadtverwaltung zu unserem Anliegen.

Stadtrat Müller (CDU): Worüber wir heute diskutieren und worauf der Antrag der GRÜNEN abzielt, ist, dass die Bundesrepublik Deutschland einem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beitreten soll. Das ist für mich keine Frage. Kein Mensch sollte grundsätzlich von Atomwaffen bedroht werden. Doch sieht die globale Realität leider ganz anders aus. Nichtsdestotrotz halten wir diesen Antrag in diesem Gremium für nicht abstimmungsfähig, da die Entscheidung über einen Vertragsbeitritt allein in der Zuständigkeit der Bundesregierung beziehungsweise des Deutschen Bundestages liegt.

Anstelle dessen würden wir uns viel mehr freuen, dass wir auf Anträge, die sich allein auf ihre Symbolkraft stützen, fortan verzichten und uns wieder auf die Kernaufgaben dieses Gremiums, auf die sachbezogenen kommunalpolitischen Themen in dieser Stadt konzentrieren, für die wir uns verantwortlich zeigen und für die wir auch tatsächlich zuständig sind.

Wir haben in den kommenden Jahren recht viel zu tun. Wir sollten mit entscheidungsfremden Anträgen weder uns noch die Verwaltung im Hinblick auf unsere eigentlichen Aufgaben blockieren. Da wir jetzt diesen Antrag hier in diesem Gremium – wie vorgenannt – nicht für abstimmungsfähig halten, wird die CDU-Fraktion an der Abstimmung grundsätzlich auch nicht teilnehmen.

Stadtrat Marvi (SPD): Nachdem ich in der letzten Gemeinderatssitzung eine supralokale Initiative von Herrn Borner kritisiert habe, möchte ich diesen Antrag ausdrücklich loben. Denn ich sehe es nicht so wie der Kollege Müller, dass es entscheidungsfremde Themen gibt. Entweder findet man Themen, Anliegen und Haltungen gut oder für Quatsch. In dem Fall finde ich das Anliegen richtig. Es steht in der Kontinuität der Stadt Karlsruhe mit unserer Mitgliedschaft bei den sogenannten Mayors for Peace. Kommunen haben in der Tat rein rechtlich gesehen keine außenpolitische Kompetenz. Wir können Haltung beziehen zu Themen, die unsere Bürgerschaft angehen. Hierbei geht es um Abwehr von Gefahren, die ein grundlegendes Risiko für unsere Zivilisation darstellen. Wir können im Verbund mit vielen anderen Kommunen sicherlich eine große Öffentlichkeitswirkung entfalten.

Wenn wir schon in einem außenpolitischen Diskurs sind, möchte ich – Herr Kollege Dr. Käufflein wird sich erinnern, vor zwei Jahren saßen wir einmal zusammen auf einem Attac-Podium – an die ganzen Auswirkungen, Verflechtungen im internationalen Bereich erinnern. Es wäre zweifelsohne ein starkes Signal, wenn die BRD sich zu diesem Abkommen bekennt. Ein noch stärkeres und in der Sache wirkungsvolleres Signal wäre es, wenn die USA und Russland, die zusammen das sogenannte START-2010-Abkommen unterzeichnet haben, sich an ihre Versprechungen erinnern als die Mächte, die die überragend größten Nuklearvorkommen auf der Welt haben. Hier vielleicht ein kurzer Schwenk zu unserer bestehenden Städtepartnerschaft. Vielleicht wäre es ein kleines Mosaik, und zwar nicht in einem staatspolitischen Sinne das Thema zu diskutieren, sondern etwa im Rahmen der Jugendkonferenzen in dieser trilateralen Städtepartnerschaft einmal ganz allgemein über das Thema Frieden und Abrüstung, Einstellungen und unterschiedliche Erfahrungen zu diskutieren.

Damit möchte ich auch zu dem Thema kommen, bei dem wir leise Zweifel haben. Das ist unser Engagement in dem Bereich Netzwerkarbeit, Partnerschaften, Städtetag, und zwar welche Ressourcen haben wir denn zur Verfügung, um etwa diesen Appell zu bewerkstelligen und auch weitere Resolutionen zu bewerkstelligen. Da würden wir uns über eine

Antwort freuen, bevor wir dann abstimmen. Wir werden uns an der Abstimmung beteiligen.

Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI): Die Abschaffung von Atomwaffen ist eine dringende humanitäre Notwendigkeit. Jeder einzelne Einsatz einer Nuklearwaffe würde katastrophale Auswirkungen haben. Die Vernichtung von Nuklearwaffen durch einen umfassenden Vertrag ist die einzige Garantie, dass sie nicht eingesetzt werden. Das ist nur ein Grund von vielen, warum die Vereinten Nationen 2017 einen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen verabschiedet haben. ICAN hat sich laut Satzung der Völkerverständigung und dem Einsatz zur Ächtung von Atomwaffen und für Abrüstung und Frieden verpflichtet. Mit dem Städteappell sollen die Regierungen weltweit unter Druck gesetzt werden, Atomwaffen zu ächten und jegliche Beteiligung an Atomwaffengeschäften und ähnlichem zu unterlassen.

Es ist richtig, über die Städte diesen Druck aufzubauen. Hier leben die Menschen, die im Zweifelsfall betroffen sind. Hier werden weitgehend fern jeglicher Ideologie pragmatisch Probleme angepackt. Durch die zunehmende internationale Vernetzung wächst die Bedeutung von Städten stetig. Städte sind die ältesten und beständigsten politischen Institutionen. Sie bekennen sich zunehmend zu ihrer Verantwortung, die weit über die jeweiligen Stadtgrenzen hinausgehen. Deshalb ist es gut, dass die Verwaltung empfiehlt, den vorliegenden Antrag der GRÜNEN anzunehmen. Bisher haben 49 deutsche Städte den Appell unterschrieben. Mutlangen war am 17.09.2019 die bisher letzte Stadt. Lassen wir Karlsruhe die 50. Stadt werden, damit die Bundesrepublik dann hoffentlich bald dem Vorbild Österreichs folgen wird, die den Vertrag am 8. Mai 2018 ratifiziert haben.

Stadtrat Schnell (AfD): Die Stadt Karlsruhe hat keinerlei Entscheidungskompetenz hinsichtlich der Stationierung von Atomwaffen. Das wurde schon gesagt. Dennoch befürwortet die Stadt diesen Appell. Auf der anderen Seite lehnt sie mit jener Begründung, dass sie nichts zu melden hätte, einen Appell zum Weiterbetrieb von Philippsburg, der wahrlich einen signifikanten Beitrag zur CO₂-Vermeidung darstellt, ab. Das ist völlig inkonsequent und irrational. Daher können wir diesem Antrag nicht zustimmen.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Ich glaube, wir sind uns alle klar darüber, dass Meinungsbildung und demokratische Willensbildung ein Prozess ist, der von unten nach oben getragen wird. Genauso verstehe ich den Appell. Hier wird von unten, von den Städten, nach oben getragen, wir wollen keine Atomwaffen. Wir wollen keine Atomenergie, und wir wollen auch keine Atomwaffen, weil beides extrem gefährliche, menschenverachtende Gefahren birgt. Krieg ist in jeder Bevölkerung völlig klar. Kein Mensch will Krieg. Wie bewahren wir Frieden, wenn nicht dadurch, indem wir Waffen ächten. Es ist tatsächlich für Karlsruhe eine sehr gute Gelegenheit, sich an diesem Appell zu beteiligen. Mayors for Peace ist die eine Sache. Das andere ist aber, hier tatsächlich zu demonstrieren, wir wollen hier eine Veränderung auf den Ebenen ganz oben.

Ich hätte noch eine Idee. Warum sollen wir nicht als Gemeinderäte aus Karlsruhe unsere Kolleginnen und Kollegen in unseren Partnerstädten bitten, ebenfalls diesen Appell zu unterzeichnen. Es geht wirklich darum, grenzüberschreitend den Willen der meisten Bevölkerungen zum Ausdruck zu bringen, nämlich den Wunsch nach Frieden.

Stadtrat Wenzel (FW): Erst einmal eine Erklärung, warum wir dem Antrag der FDP zugestimmt haben. Denn es ist tatsächlich so, wir sind ein Gemeinderat. Wir sind Stadträte. Ei-

gentlich sollte unser Ziel sein, all die Probleme und die Themen der Stadt abzuarbeiten. Wir haben – das haben Sie, Herr Oberbürgermeister, selbst erkannt – eine riesige Liste. Es wäre schön, wenn wir darauf eingehen.

Jetzt zum Antrag selber. Wir werden dem Antrag zustimmen. Denn es wurde auch gesagt, dass Atomwaffen das größte Zerstörungspotential der Welt haben. Ich mache mir tatsächlich mehr Sorgen um die, die Atomwaffen haben, als um das Weltklima. Denn wir werden uns nie wieder über das Weltklima unterhalten müssen, wenn einer auf die Idee kommen würde, auf den roten Knopf zu drücken. Deshalb ist der Appell richtig. Wir sollten wirklich darauf pochen, dass wir die Atomwaffen abschaffen zum Forterhalt der Menschheit. Der Planet wird ohne uns weiterexistieren als Eiswüste, wer weiß es. Aber das wollen wir nicht. Deshalb ist das der Grund, dass wir diesem Antrag zustimmen. Es freut mich auch, dass die GRÜNEN, die Partei, die gemeinsam unter Gerhard Schröder den ersten Auslandseinsatz der Bundesrepublik Deutschland gegen die UN-Charta geführt haben, wieder auf ihre Grundwurzeln zurückkommen und erkennen, dass einer der Gründungsgedanke der GRÜNEN der Frieden war, den sie damals im Krieg in Ex-Jugoslawien mit dem Einsatz deutscher Waffen leider vergessen haben. Ich freue mich aufrichtig, wenn es in diese Richtung geht, dass Sie denken, Frieden ist das Wichtigste. Die Existenz unserer Bevölkerung, unserer Städte ist wichtig und deshalb unterstütze ich den Appell und auch nur dann, wenn ich merke, Ihr geht wieder in Richtung Frieden.

Der Vorsitzende: Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir einen Appell unterstützen und nicht beschließen, Atomwaffen abzuschaffen. Das wäre in der Tat anmaßend.

Dann hat Herr Stadtrat Marvi mir eine Frage gestellt. Ich verstehe es so, dass wir beim Städtetag mitteilen, dass wir diesem Städteappell beigetreten sind, wenn Sie denn die Entscheidung so treffen, und dass wir darum bitten, dass der Städtetag das auch auf die Tagesordnung nimmt. Das ist beides leistbar. Mehr verstehe ich unter diesem 4. Spiegelstrich erst einmal nicht.

Damit sind alle Fragen geklärt. Wir kommen zur Abstimmung. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung, bei der Ankündigung, dass eine Fraktion nicht an der Abstimmung teilnimmt, so wie Sie das gemacht haben.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
5. November 2019